

iFijáte!

Nachrichten +

Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 510

Mittwoch, 16. Mai 2012

19. Jahrgang

Hidro Santa Cruz und der Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas

Am 1. Mai 2012 wurde der Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas, Department Huehuetenango, ausgerufen. Es ist der erste diesen Jahres und der erste unter Präsident Otto Pérez Molina. Im nachfolgenden Artikel wird beleuchtet, wie es dazu kam und was die Auswirkungen sind.

Auslöser des Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas

Die Ereignisse des 1. Mai

In der ersten Maiwoche fand in Santa Cruz Barillas die alljährliche Kirmes statt und endete mit einem Ausnahmezustand aufgrund einer Abfolge von Ereignissen, die am 1. Mai erfolgten. Auslöser war ein Attentat auf drei Dorfbewohner, die auf dem Rückweg von Barillas in ihr Dorf in der Nähe von Poza Verde von einem Pick-Up aus angeschossen wurden. Andrés Francisco Miguel starb an den Schusswunden, Pablo Antonio Pablo und Esteban Bernabé wurden verletzt in Krankenhäuser eingeliefert. Der Pick-Up ähnelte denen, die die Elektrizitätsfirma *Hidro Santa Cruz*, welche ein Kraftwerk in eben jenen Gemeinden am Fluss Kambala zu errichten plant, benutzen. Auch ist Pablo einer von jenen, die nicht mit dem Projekt einverstanden sind und sein Land nicht verkaufen will. Deswegen wurde er bereits seit 2010 bedroht und stellte wegen Verfolgung und Einschüchterung durch die Firma bei dem *Büro des Menschenrechtsombudsmanns* (PDH) Anzeige. Ebenso war Andrés Francisco Miguel ein bekannter Gegner des Canbalam 1 Projekt eines Hydroelektrischen Damms und hatte sich geweigert sein Land zu verkaufen. Und auch ihn setzte die Firma unter Druck und verfolgte ihn strafrechtlich.

Die AnwohnerInnen riefen sofort die *Nationale Zivilpolizei* (PNC), als sie von dem Überfall erfuhren. Anscheinend unternahm diese aber nichts, um die Verantwortlichen zu finden. Selbst das PDH erschien erst sechs Stunden nach dem Mord am Tatort. Forensische Untersuchungen am Körper wurden nicht vorgenommen. Nachdem das Attentat bekannt wurde, versammelten sich 5.000 Menschen (nach Angaben der sozialen Organisationen) bzw. 200 Menschen (nach Angaben der Regierung) auf dem Marktplatz und gingen zu einem Hotel, in dem Sicherheitsmänner der Firma wohnten. Da sie diese nicht antrafen, gingen sie weiter zum Militärstützpunkt. Es war das Gerücht im Umlauf, dass die Soldaten die Leute der Firma versteckt hielten. Diese Protestaktionen endeten allerdings mit gewalttätigen Aktionen gegen einige Gebäude und uniformiertes Personal. Anfänglich berichtete das Militär, dass sechs ihrer Leute mitsamt ihren Waffen vermisst würden. Die Regierung sprach davon, dass die 'Meute' Angehörige der PNC und des Militärs als Geiseln genommen habe. Gegen 23 Uhr an diesem 1. Mai wurde ein Abkommen zwischen den DemonstrantInnen und den Behörden getroffen und die Geiseln freigelassen. Allerdings kam es danach erneut zu gewalttätigen Aktionen, als die Leute eine Stunde später in den Militärstützpunkt eindringen. Dort schlugen sie Soldaten und stahlen Waffen; drei Soldaten verschwanden - man fand sie später leicht verletzt wieder. Des Weiteren wurde das Haus einer Familie in Brand gesetzt, die ihr Land der Firma verkauft hatte. Es kam aber weder zu weiteren Todesopfern noch weiteren schweren Verletzungen. Diese Eskalation nutzte die Regierung nun um den Ausnahmezustand zu rechtfertigen, der in gleichen Nacht vom Regierenden Otto Pérez Molina abgesehnet wurde.

Inhaltsverzeichnis:

Hidro Santa Cruz und der
Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas
– S. 1
Nachtrag zur Aktionärsversammlung von
Goldcorp: Ein Erfolg!– S. 5
Guatemala am 1. Mai– S. 5

Wie kam es denn zu den Gewalttaten?

Laut dem *Rat der Völker des Westens* (CPO) und der *Departmentalen Versammlung zur Verteidigung des Territoriums* (ADH) ist nicht klar, wie es zu den Gewalttaten kam – ob es nun nur die Bevölkerung war, oder einige Provokateure der Firma, die sich in der Menschenmenge befanden.

Der Regierungschef erklärte, dass internationale Akteure die Widerstandsaktivitäten der Gemeinden gegenüber der Elektrizitätsfirma finanzieren würden und das Ziel hätten, dem Image der Regierung zu schaden, beispielsweise indem sie ihr die Militarisierung des Landes vorwerfen. Ausländische Personen und Organisationen seien an dem Geschehen beteiligt. Sie würden die Menschen dort manipulieren und die Gemeinden dazu organisieren, sich gegen Energie- und Bergbauprojekte einzusetzen.

Laut Angaben des Innenministers Mauricio López Bonilla seien ebenso kriminelle Vereinigungen des Menschen- und Drogenhandels sowie des Waffenschmuggels an den Ausschreitungen in Santa Cruz Barillas beteiligt gewesen. Eine andere Version über die Ursachen und Umstände der Ausschreitungen, die in den Medien zu lesen war, war die Trunkenheit aufgrund der Kirmes. Die Betrunknen, so Mauricio López Bonilla, liessen ihrem Frust freien Lauf. Das Attentat auf die drei Personen habe nichts mit der Firma zu tun; man ermittle in dem Fall. Der Ausnahmezustand wurde aufgrund dieser Störungen ausgerufen, ausserdem war „der Ort schon immer konfliktreich“, so Bonilla.

Die örtlichen Organisationen aber bringen die Ausschreitungen in einen klaren Zusammenhang mit dem Attentat. Angesichts der aufgeheizten Situation, die die mehrjährige Präsenz von *Hidro Santa Cruz* hervorgerufen hatte, reagierten die empörten BewohnerInnen nun, verlangten Gerechtigkeit und daher sei es zu den Unruhen gekommen.

Der Ausnahmezustand

Offiziell wurde der Ausnahmezustand erst am 4. Mai bekannt, veröffentlicht im *Diario Oficial* unter dem Regierungsdekret 1-2012. Die Dauer ist auf 30 Tage gesetzlich festgelegt, wenn er nicht verlängert wird. Am 7. Mai, als der Präsident mitsamt seinem Regierungs- und seinem Verteidigungsminister Santa Cruz Barillas besuchte, gab er an, dass der Ausnahmezustand aufgehoben werde, wenn wieder Ruhe in die Ortschaft eingekehrt sei. „Ich werde keine Truppen ohne Grund hier stationieren, wo sie doch woanders gebraucht werden“.

Mehr als 400 Polizisten und 200 Soldaten wurden in das Gebiet geschickt, um die Personen, die mit Schusswaffen, Macheten und Stöcken bewaffnet sind, Gewehre stahlen, den Militärstützpunkt überfielen und ein Haus anzündeten, zur Ruhe zu bringen. Damit wird der bereits bestehende Militärstützpunkt der 5. Infanteriebrigade, die bis zu 700 Soldaten gross sein kann und für fünf Departements verantwortlich ist, verstärkt. Nach den Friedensabkommen war der Stützpunkt geschlossen, aber 2009 wieder eröffnet worden. 60 Personen sollen permanent dort stationiert sein. Seit 2011 kann man weitere 80 Bewaffnete dazurechnen, nämlich die Privatsicherheitsmänner von *Hidro Santa Cruz*.

Der Ausnahmezustand schränkt verschiedene Grundrechte ein, wie die Aktionsfreiheit, Bewegungsfreiheit, das Recht auf Vereinigung und Demonstration, Waffen zu tragen, und er erlaubt Verhaftungen und Verhöre ohne richterlichen Beschluss.

Am 14. Mai erhob der CPO Einspruch beim Verfassungsgericht gegen den Ausnahmezustand. Aufgrund der Nichtbeachtung des Abkommens 169 ILO und anderer internationaler Verträge sowie der Unverträglichkeit mit einem demokratischen Rechtsstaat und der Verfassung sei das Dekret 1-2012 verfassungswidrig.

Hintergründe der Eskalation und des Ausnahmezustands

Ursachen der Konflikte in Santa Cruz Barillas

Laut Informationen der ADH nahm die gegenwärtige Situation ihren Ausgang schon vor drei Jahren. Aber gehen wir noch etwas weiter zurück. Am 23. Juni 2007 wurde eine Volksabstimmung abgehalten, in der sich 46.479 der rund 127.000 AnwohnerInnen des Stadtkreises Barillas – hauptsächlich Angehörige des Maya-Volkes Canojbal – gegen den Bergbau, den Bau von Wasserkraftwerken und den Erdölabbau in ihrem Gebiet aussprachen. Nur neun Personen stimmten dafür.

Trotzdem kamen seit 2009 verschiedene Unternehmen in das Gebiet, die an dem Bau von Wasserkraftwerken aufgrund der Geographie an der Region interessiert waren. Seit diesem Zeitpunkt begannen unbekannte, ausländische Personen die Gebiete in Flussnähe zu vermessen. Dabei wurde eine Schneise geöffnet, die die Ernten der ansässigen NachbarInnen beschädigte.

Wenige Monate später erschien die spanische Firma *Econer-Hidralia*, die sich jetzt *Hidro Santa Cruz* nennt und das Projekt Cambalam betreibt: die Errichtung eines Damms und Wasserkraftwerks am Fluss Kambala. Dabei wurde nicht nur die Volksabstimmung nicht in Betracht bezogen, sondern die betroffene Bevölkerung wurde weder informiert noch konsultiert. Die sozialen Konflikte in Barillas stehen also in einem direkten Zusammenhang mit den Aktivitäten von *Hidro Santa Cruz*. Das Elektrizitätsunternehmen hat die Erlaubnis zum

Bau eines Kraftwerks erhalten, ohne dass die betroffene Bevölkerung ihr Recht auf eine vorherige, freie, informierte und verbindliche Konsultation hätte ausüben können.

Daher begannen die Gemeinden sich regelmässig zu versammeln und politischen Druck auf die städtischen Autoritäten auszuüben. Diese stellten klar, dass sie dem Bau des Dammes nicht zustimmten. Festgehalten wurde diese Information in offiziellen Dokumenten.

Grund der Ablehnung des Projektes durch die Stadt ist die Tatsache, dass der Fluss, welcher das Stadtgebiet umfließt, drei Wasserfälle bildet, die als Heilbad, Erholungszentrum und zeremonielles Zentrum der Gemeinden dienen. Ausserdem wird das Wasser von den AnwohnerInnen für den täglichen Gebrauch und ihren landwirtschaftlichen Anbau genutzt. Laut Projektplänen würde das Wasser kanalisiert werden mit der Konsequenz, dass die Wasserfälle versiegen und negative Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Am Anfang bot die Firma der betroffenen Bevölkerung im Austausch elektrische Energie an. Man fand aber bald heraus, dass es falsche Versprechen waren. Die Energie ist nämlich für den Export bestimmt. Also versprach die Firma 30.000 Quetzales (etwa 3.000 Euro) pro Jahr an jede der 19 betroffenen Gemeinden zu zahlen. Die Strategie, die damit verfolgt wurde, war es die Gemeinden zu spalten und Konflikte zu provozieren. GemeindeführerInnen wurden strafrechtlich verfolgt, wenn sie sich dem Wasserkraftwerk entgegen stellen oder ihr Land nicht verkaufen wollten. Ende 2009 existierten bereits Anzeigen gegen zehn Gemeindeglieder wegen Anstiftung zu einer Straftat, Verleumdung und Freiheitsberaubung.

Am 23. Januar 2010 zeigte die ADH in einer Pressemitteilung die Kriminalisierung einiger ihrer Mitglieder an, welche „fälschlicherweise von der spanischen Firma *Hidro Santa Cruz* undenkbarer Verbrechen beschuldigt wurden“. Auch die Stadt wurde gerichtlich belangt, als sie sich den Gemeinden anschloss und das Kraftwerk nicht akzeptierte. Das Gericht gab der Firma recht, mit der Begründung, dass die Stadt in diesem Thema nichts zu entscheiden habe.

Im Juni 2011 begann die Firma das Flussufer einzuzäunen und bewaffnete Sicherheitsleute in das Gebiet zu setzen. Das störte das alltägliche Leben in den Gemeinden, da der Zugang zu NachbarInnen und zu dem bewirtschafteten Land sowie zu den Wasserfällen versperrt war. Die Sicherheitsfirma des Unternehmens versuchte ausserdem, weiterhin Konflikte zu provozieren, indem sie Personen beleidigte, Schüsse abgab und die Menschen einschüchterte.

Im November 2011, nachdem alle friedlichen und gerichtlichen Wege von den Gemeinden gegangen waren, um die Missbräuche der Sicherheitsleute anzuzeigen und ihr Mitspracherecht über die Nutzung ihres Lebensraum zu garantieren, entschloss sich die Bevölkerung, jene Sicherheitskräfte hinaus zu werfen und einen Teil der Absperrungen zu zerstören. Seitdem gab es Gerüchte, dass Haftbefehle gegen 23 AnführerInnen, die sich gegen das Wasserkraftwerk stellen, vorlägen. Dies steigerte den Argwohn und die Unzufriedenheit in den Gemeinden.

Im Januar 2012 fand ein Treffen zwischen den neu gewählten Stadtoberhäuptern, den Gemeinden und den RepräsentantInnen der Firma statt, um das Problem zu besprechen und eine Lösung zu finden. Doch selbst während diese Gespräche noch stattfanden, führte die Firma fünf Tage später und ohne die Gemeinden zu informieren, schwere Maschinen ein, um den Bau zu beginnen. Diese Situation provozierte eine unüberlegte Reaktion der Bevölkerung, die die Maschinen zerstörte.

Mitte April 2012 stellten die Gemeinden fest, dass auf dem Gelände der Firma selbst hergestellte Sprengsätze liegen. Ein Hund wurde durch einen Sprengsatz getötet, was die Aufmerksamkeit darauf lenkte. Es kam zu einer Anzeige gegen die Firma.

Guatemalas Energiepolitik und Hidro Santa Cruz

Das Projekt Canbalam 1 ist nur eines von vielen, die Teil der Energiepolitik Guatemalas sind. Es sollen insgesamt fünf Stromnetz-Ringe im Land gebaut werden, um eine Verbindung aller Stromnetze herzustellen. Dies ist ein Teil des *Plans der Ausweitung der Elektrischen Transmission* (PET), welcher vorsieht 817,9 km Stromnetz zu bauen – eine geschätzte Investition von 350 Millionen US-Dollar. Dadurch sollen alle Kraftwerke verbunden werden, ob nun aus thermischer Energie, Wasserkraft, Kohle oder Geothermische Energie. Vor allem aber wird es dazu dienen, eine Verbindung mit Mittelamerika und Mexiko herzustellen um den Strom zu exportieren.

Dieser Prozess sieht sich aber, wie am Beispiel von Santa Cruz Barillas klar wird, vermehrten Druck und Verzögerungen ausgesetzt. Die sozialen Forderungen und die Expansionsziele der Elektrizitätsunternehmen widersprechen sich. Die Kontrolle des Wassers und die Umweltzerstörungen sind nicht akzeptabel für die betroffene Bevölkerung. Schon Álvaro Colom musste während seiner Amtsperiode zugeben, dass die Verzögerung der neuen Kraftwerke „nicht technische oder finanzielle Ursachen hat, sondern die unbegründete (?) Verweigerung aus sozialen und ökologischen Beweggründen“.

Hidro Santa Cruz, mit Sitz in der Hauptstadt, hängt mit der guatemalteckischen Firma *Geología, Geotermia y Petróleos, S.A.* (GEOPETROL) zusammen. GEOPETROL wurde in den 1990ern gegründet. Die Firma fördert

Erdöl in der Nördlichen Zone (Franja Transversal del Norte (FTN)) und baut Wasserkraftwerke. Weiterhin arbeitete sie verschiedene Umweltstudien für eine Partnerfirma (*Empresa Propietaria de la Red (EPR)*) der staatlichen Elektrizitätsfirmen in Mittelamerika aus. Die EPR wiederum trägt die Verantwortung für das *System der Stromnetze der Mittelamerikanischen Länder (SIEPAC)*. Daher kann man davon ausgehen, dass auch das Projekt *Hidro Santa Cruz* im Rahmen des SIEPAC und der PET geplant ist.

BäuerInnen- und indigenen Organisationen wie Waq'ij K'ej sind der Auffassung, dass die Militarisierung der verschiedenen Gebiete Teil eines Planes ist, um den nationalen und transnationalen Unternehmen freie Bahn für ihre Bergbau-, Erdöl- und Kraftwerkprojekte zu lassen, ohne auf das international verbriefte Recht auf Volksabstimmungen und deren Ergebnisse Rücksicht nehmen zu müssen.

Auswirkungen des Ausnahmezustands

Direkte Folgen

Neben den oben beschriebenen Einschnitten in die Grundrechte ist eine zunehmende Angst in der Bevölkerung als eine direkte Folge des Ausnahmezustands anzusehen, zum einem aufgrund der gewalttätigen Geschichte des Landes und andererseits aufgrund des Vorgehens der Beamten: Hausdurchsuchungen, Befragungen, Verhaftungen, die teilweise unter Anwendung von Gewalt und Einschüchterung stattfanden. Letztere wurden nicht nur von Beamten, sondern zum Teil von der Bevölkerung selbst durchgeführt, die die Menschen nötigten, aus dem Bus zu steigen und ihre Papiere vorzuweisen. Dies wurde von der Regierung bestätigt.

Am 4. Mai wurden bereits 12 Personen verhaftet, darunter eine 43jährige und eine 74jährige Frau. Die Namenslisten der Personen, die verhaftet werden sollen, kamen wohl durch Informationen von DorfbewohnerInnen und ArbeiterInnen der Firma zustande – so wie es die Militärkommissionäre während des bewaffneten Konflikts taten. Die meisten, wenn nicht alle der Verhafteten, stammen aus den Gemeinden San Carlos las Brisas, Santa Rosa and Poza Verde, also aus den Gebieten des Hauptwiderstands gegen den Staudamm. Selbst der örtliche Friedensrichter gab an, dass die Verhaftungen auf Taten beruhen, die vor der jetzigen Eskalation geschahen. Die Verhafteten wurden sofort nach Guatemala Stadt verlegt, so dass der Zugang zu ihnen durch Familie und Menschenrechtsorganisationen erschwert wurde. Einige Tage lang gab es keinerlei Informationen über sie. Mehrere AnwohnerInnen klagten über unzulässige Hausdurchsuchungen, bei denen sie bedroht wurden und bei denen ihnen Geld gestohlen wurde. Der Präsident streitet das allerdings ab.

In der ersten Maiwoche wurde ausschliesslich die Besetzung der Militärstation untersucht, nicht aber in Bezug auf das Attentat gegen die drei Gemeindeführer ermittelt. Erst am 7. Mai liess der Präsident verlauten, dass er die Staatsanwaltschaft um genaue Ermittlungen gebeten habe.

Eine Folge dieser als humanitäre Krise bezeichneten Situation ist die Flucht mehrerer hundert Personen, von denen einige ihre Kinder mitnahmen, andere aber auch ihre Kinder zurückliessen. Wie zu Zeiten des Konflikts verstecken sie sich in den Bergen oder, wer es sich leisten kann, in der Hauptstadt. Oder aber sie flüchteten in das angrenzende Mexiko. Während einer Pressekonferenz am 6. Mai in der Hauptstadt berichtete die geflohenen Bewohnerin von Barillas, Doña Aurora per Telefon, dass sie Angst habe: „Ich selbst habe mich versteckt, habe Hunger und bin sehr besorgt!“ Neben der mangelnden Versorgung mit Nahrungsmitteln machen den Menschen auch die Temperaturen, die nachts auf bis zu Null Grad absinken und dadurch Atemwegserkrankungen verursachen, zu schaffen.

Indirekte Folgen

Eine indirekte Folge des Ausnahmezustands sind die negativen Effekte der Kriminalisierung der AnführerInnen des Widerstands. Gerichtliche Prozesse kosten nicht nur Zeit und Geld, sondern säen auch Zweifel und zerstören das Ansehen der beschuldigten Personen. Ein guter Weg, um den Widerstand zu diskreditieren.

Weiterhin ist die Anschuldigung, dass internationale Organisationen, Personen oder Instanzen der Entwicklungszusammenarbeit diesen „Terrorismus“ finanzieren würden, gefährlich. Damit wird jegliche aktuelle oder zukünftige Unterstützung von kleinen Gemeindeprojekten, ob nun in direkter Verbindung mit wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten oder nicht, unterbunden. Botschaften und internationale Entwicklungshilfe können oder wollen sich diese negative Werbung nicht leisten. Es entspricht einer Strategie, die seit Pérez Molinas Amtsantritt klar verfolgt wird und schon am Konflikt um die Zementfabrik in den Gemeinden von San Juan Sacatepéquez erkennbar ist.

Fakt ist, dass die von Guatemala unterzeichneten internationalen Abkommen (Abkommen 169 der Internationalen Arbeiterorganisation und die UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker von 2007) nicht respektiert werden.

Die Situation in Barillas hat die Unzufriedenheit der verschiedensten Sektoren, von UmweltschützerInnen, Menschenrechtsorganisationen, BäuerInnen- und Indigenen-Organisationen bis zu Personen aus Wissenschaft und Kunst, hervorgerufen. Dies kann man deutlich anhand der vielen Pressemitteilungen und Informationen erkennen, die täglich über TV, Radio, Zeitung und Internet übermittelt werden. Die Situation wird mit dem

Räumungen im Polochic-Tal vom letzten Jahr und dem Ausnahmezustand in San Juan Sacatepéquez von 2009 verglichen. Die Tendenz, dass staatliche Institutionen und Medien die Konflikte, die sich zwischen Gemeinden und Bergbau- /Kraftwerk- /Erdölprojekten ergeben, unter Terrorismus, Drogenhandel und Widerstand gegen die Entwicklung abstempeln, wird stark kritisiert. Für den 15. Mai rief der CPO zu einem Solidaritätsmarsch auf. Ziel ist es, dass der Ausnahmezustand aufgehoben wird, die Verhafteten freigelassen werden und der Militarisierung der Gebiete ein Ende gesetzt wird.

(Quellen: CEG, La Hora, Prensa Libre, El periódico, www.guatemala.gob.gt, Alai Amlatina, El Observador 22-23, Dez. 09, Rightsaction, Pressemitteilungen verschiedenster Organisationen).

Nachtrag zur Aktionärsversammlung von Goldcorp: Ein Erfolg!

Im letzten ¡Fijáte! berichteten wir von dem Antrag Kritischer AktionärInnen auf der Aktionsversammlung von Goldcorp, die den Konzern aufforderte, mehr Geld für die Umweltsanierung in Marlin bereitzustellen. Das Ergebnis dieser Aktionärsversammlung waren wir noch schuldig.

Laut Mitteilung der Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Menschenrechte“ der kanadischen Amnesty-Sektion hat der Antrag der Kritischen AktionärInne einen Fortschritt für die Region um das Bergwerk Marlin gebracht. In ihrem Blog heisst es:

Goldcorp hat sich bereit erklärt, ihre Garantiezahlung für Marlin von zuvor geplanten 1 Millionen Dollar (760.000 Euro) auf 27,6 Millionen Dollar (21 Mio. Euro) aufzustocken. Des Weiteren verspricht das Unternehmen, die betroffene Bevölkerung zu konsultieren.

Der Oberste Exekutivdirektor, Chales Jeannes sagte den AktionärInnen, dass die GuatemalteKInnen bezüglich der Kosten für die Säuberung der über- wie unterirdisch produzierenden Goldmine nicht allein gelassen würden. Gegenüber der kanadischen Tageszeitung *Timmins Daily Press* gab er am 26. April 2012 an: „Wir sind gewillt, die gesamten Kosten, die für die Reinigung des Gebietes notwendig sind, zu übernehmen.“

Amnesty International fühlt sich durch diese Ankündigung des Unternehmens in seiner Arbeit gestärkt. Allerdings muss nach ihrer Ansicht weiterhin sicher gestellt werden, dass das Geld tatsächlich ausreichen wird, um alle Kosten, die mit der Schliessung der Mine verbunden sind, zu decken. Es sei weiterhin unklar, ob die zugesagten 27,6 Mio. Dollar auch den Betrag einschliessen, der benötigt wird, um auf lange Sicht das Wasser zu filtern. Auch ist die Frage, wie lange das Unternehmen diesen Standort überwacht, noch unbeantwortet.

Amnesty begrüsst die Ankündigung von Goldcorp, mit den betroffenen Menschen zu sprechen. Allerdings sei es notwendig, einen umfassenden Konsultationsprozess durchzuführen, der die Partizipation und den Konsens mit allen betroffenen Maya-Mam und Maya-Sipakapense-Völkern einschliesst. Das Unternehmen müsse sicherstellen, dass die Schliessung der Mine und die Überwachung und Bekämpfung ihrer langfristigen Folgen auf eine Art erfolgen, bei der die betroffenen Gemeinden ohne Einschränkungen und rechtzeitig informiert werden. Die Zustimmung jener Gemeinden sei ebenso notwendig.

Goldcorp hat die Möglichkeit, mit der guatemaltekischen Regierung in diesem Prozess zusammenzuarbeiten, sich sorgfältig und offen die Sorgen der Menschen anzuhören und auf die grössten Sorgen, insbesondere hinsichtlich der Wasser- und Bodenqualität und der Gesundheit durch Massnahmen der Schadensminderung zu reagieren. In der Vergangenheit ist der guatemaltekische Staat für seine mangelnde Transparenz und fehlende Befragung der Gemeinden kritisiert worden. Goldcorp muss mehr tun, als sich an die Buchstaben der guatemaltekischen Gesetze zu halten, sie muss die diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen einhalten.

Goldcorps Handeln bei der Goldmine Marlin sei ein Masstab für andere Bergbauaktivitäten in dem Land. Ein positiver Ausgang hier könnte zu einem grösseren Anerkennen der Rechte der betroffenen Gemeinden in Guatemala führen.

Guatemala am 1. Mai

Guatemala, 4. Mai. Am diesjährigen Tag der Arbeit hat es wieder vielfältige Aktionen gegeben. Inhaltlich waren ländliche Entwicklung, Bergbau und natürlich Arbeitsrechte die hauptsächlichen Themen.

Gesetzentwurf zur Ländlichen Entwicklung

Heftig kritisiert haben die diversen Volks- und Gewerkschaftsorganisationen die Entscheidung des Kongresses, das Gesetz zur ländlichen Entwicklung von der Tagesordnung zu nehmen. Damit würde die Regierung und der

Kongress zeigen, dass sie die Ausbeutung der Minen und die Militarisierung fortsetzen und noch intensivieren wollen.

So sagte Daniel Pascual, Koordinator des Komitees für die BäuerInneneinheit (CUC): „Diese Regierung hat gleich zu Beginn seiner Amtszeit der Arbeiterklasse und den BäuerInnen einen schweren Schlag versetzt. Zunächst haben sie gemeinsam mit uns den Gesetzentwurf zur ländlichen Entwicklung ausgehandelt und nun entziehen uns die selben Abgeordneten die Unterstützung und nehmen den Entwurf von der Tagesordnung!“

Unverminderte Ausbeutung und (als Konsequenz) Militarisierung

Laut Pascual herrscht grosse Angst, weil „die neue Regierung unser Land remilitarisiert und damit die Handlungsmöglichkeiten der sozialen Bewegungen begrenzt, da die Militärs weiterhin jene verfolgen, die gegen sie opponieren.“

Ein weiteres Thema war die Förderung des Bergbaus. An den 1.-Mai-Kundgebungen nahmen auch BewohnerInnen von San Marcos, Izabal und dem Petén teil. Diese forderten, dass die Ergebnisse der Volksbefragungen respektiert werden, die die Erkundung und Ausbeutung der Böden ablehnten.

Arbeitsrechte: Forderungen

Sandra Morán, Direktorin des Frauensektors, nahm ebenso an dem Marsch teil und verurteilte die Überlegungen, die es nach der Konvention 175 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gibt und die eine Förderung von Teilzeitarbeit beinhalten. Morán geht davon aus, dass diese zum Schaden der ArbeiterInnen sein würde.

Die Union der Gewerkschafts- und Volksaktion (UASP) richtete den Appell an den Arbeitsminister Carlos Contreras. Sie fordert die Einrichtung eines Kabinetts für Beschäftigung sowie eine Beobachterstelle, die es erlaubt, statistische Informationen über die arbeitsrechtliche Situation im Land zu erhalten. Das würde erlauben, eine Politik voranzubringen, von der die ArbeiterInnen profitieren. In einem solchen Kabinett sollen die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft, Bildung, Landwirtschaft und Transport sowie die Kommissionen für Integrale ländliche Entwicklung einbezogen werden.

Arbeitsrechte: Die Realität

Der Arbeitsminister selbst gab ernüchternde Zahlen bekannt. 70 % aller 50.000 in der Hauptstadt ansässigen Betriebe hielten sich nicht an die existierenden arbeitsrechtliche Bestimmungen und verletzen somit die Rechte der ArbeiterInnen. Das Arbeitsministerium hat zwischen dem 1. Januar bis zum 27. April diesen Jahres 4.610 Beschwerden erhalten. Davon stammten 1.810 von den InspektorInnen, die die Unternehmen besuchten und 2.800 von den ArbeiterInnen und Angestellten. Im Jahre 2011 waren dem Ministerium 8.602 Arbeitsprozesse gegen ArbeitgeberInnen bekannt. Das Arbeitsministerium hat zudem am 4. Mai bekannt gegeben, dass die Geschäftsführung des Guatemaltekischen Instituts für Soziale Sicherheit (IGSS) 924 Beschwerden wegen Nicht-Zahlung des Mindestlohnes erhalten habe. Diese betrafen vor allem Unternehmen der Bekleidungs- und Textilindustrie, der privaten Sicherheit, der Landwirtschaft, der Exportwirtschaft und des Handels in den Departments Guatemala, Huehuetenango, Quiché, Retalhuleu, Escuintla, Suchitepéquez und Jalapa.

Ehrung von Gewerkschaftern und einem Unternehmer

Arbeitsminister Carlos Contreras ehrte schliesslich anlässlich des Tags der Arbeit drei höchst unterschiedliche Persönlichkeiten mit der Arbeitsmedaille (Orden Laboral). Einer von ihnen konnte diese nicht selbst entgegen nehmen, denn er bezahlte kürzlich sein Gewerkschaftsengagement mit dem Leben: Luis Ovidio Ortiz Cajas, Gewerkschaftler im Gesundheitssektor und Mitglied der Nationalen Front des Kampfes (FNL) hatte im März einen Arbeitskampf im Gesundheitssektor nach Verhandlungen mit der Regierung beigelegt und wurde drei Tage später, am 25. März 2012, ermordet.

Geehrt wurde auch sein Gewerkschaftskollege aus dem Gesundheitssektor José Pinzón Salazar (Jahrgang 1939), der 52 Jahre lang Mitglied der Allgemeinen Arbeiterzentrale Guatemalas (CGTG) und auch auf internationaler Ebene tätig war. Er hatte ein Studium des Genossenschaftswesens in Deutschland [vermutlich Ost] abgeschlossen.

Schliesslich wurde auch der Unternehmer Carlos Manuel Paiz Andrade (Jahrgang 1928) geehrt. Ihm gehörte die Supermarktkette Paiz, die inzwischen Teil von Walmart Mexiko/Zentralamerika ist. Er wurde als „erfolgreicher Unternehmer“ geehrt, der – nach einer Broschüre des Bildungsministeriums - seine ArbeitnehmerInnen anständig behandelt habe. So konnten (und können) diese Stipendien für Weiterbildung oder Studium erhalten. (Beca C.M. Paiz Andrade).

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Verein ¡Fijáte!, 2502 Biel, Konto-Nr. PC: 30-516068-6